

Rettet unsere Stadt im Grünen

Die ELF Bürgerinitiativen

Bürgergemeinschaft Alt-Frankenforst e. V.
Interessengemeinschaft Bensberg-Süd
Bürgerinitiative Wohnstadt Bensberg
Bürgerinitiative „Hände weg vom Bahndamm“
Bürgerinitiative „Pro Saaler Mühle“
Bürgerinitiative Neu-Frankenforst
Bürgerinitiative „Pro Bahndamm/Contra Straße“
Bürgerinitiative Frankenforst West
Bürgergemeinschaft Bergisch Gladbach Raum Lückeraath
Siedlergemeinschaft Lückeraath
1. Gronauer Verkehrsinitiative

Die ELF Bürgerinitiativen

"Rettet unsere Stadt im Grünen" Parkstr. 40 51427 Bergisch Gladbach

Herrn Minister O. Wittke

Ministerium für Bauen und Verkehr
Elisabethstr. 5-11

Kopien an:

Regierungspräsident H. P. Lindlar
Landrat R. Menzel

40217 Düsseldorf

3. Februar 2006

IGVP NRW "OU Refrath/Bergisch Gladbach" Vorhaben Nr. 24206

Sehr geehrter Herr Minister,

wir bitten Sie, eine Aufklärung anzuordnen, ob in dem nachstehend geschilderten Fall **Ihr Ministerium getäuscht wurde, oder ob es sich aktiv an einer offenbar manipulierten Änderung** der bereits abgeschlossenen und veröffentlichten Bewertung obigen Vorhabens beteiligt hat.

Hintergrund ist, daß ein Gewerbetreibender in Bergisch Gladbach verlangt, die Hälfte der vor seinem Betrieb liegenden, seit Jahrzehnten stillgelegten, aus dem vor-vorigen Jahrhundert stammenden einspurigen Güterzugstrecke für den Neubau eines Autobahnzubringers für seinen LKW-Verkehr zu nutzen. Dieser Teil der Trasse führt mitten durch Wohn- und Erholungsgebiete, ist bis an den Rand bebaut und längst zugewachsen.

Um den Forderungen des Gewerbetreibenden zu Diensten zu sein, hat der Bürgermeister (SPD) die Verbindungen (!) des MdL Helene Hammelrath (SPD) genutzt, um offenbar mit manipulierten Plandaten, **im Alleingang und ohne Ratsbeschluß** durch Teilung der Trasse eine bessere Einstufung als den aussichtslosen Nutzen-Kosten-Quotienten (NKQ) von 0,73 für den gewünschten Straßenbau zu erreichen.

Durch die Aktivitäten des Bürgermeisters, der Landtagsabgeordneten und des Gewerbetreibenden schnellte laut Presse der negative Wert in der Bewertung von 0,73 katapultartig auf 3,63 hoch. Das Vorhaben rückte damit in den Pool der höchsten Priorität auf.

Die Stadt Bergisch Gladbach verfügt über **drei (!) eigene Autobahnanschlüsse** an die A4. Es gibt keine Notwendigkeit für einen 4. Anschluß (gutachtlich nachgewiesen).

Für uns Bürger ist unvorstellbar, daß für Partikularinteressen eine **Sackgasse aus Landesmitteln finanziert** werden soll. Weitere Informationen finden Sie in der Anlage.

Wir bitten Sie, eine Prüfung des Sachverhalts zu veranlassen und anzuordnen, daß die neue, dem Regionalrat bereits vorgelegte Drucksache zum Vorhaben Nr. 24206 zurückgenommen wird.

Leider ist **Ihre Entscheidung sehr eilig**, weil die Verkehrskommission des Regionalrats bereits am 10.2.06 über das Gesamtpaket IGVP NRW Reg. Bez. Köln befinden soll.

Wir rechnen mit einer objektiven Prüfung und bedanken uns im voraus dafür.

Mit freundlichen Grüßen

Die ELF Bürgerinitiativen von Bergisch Gladbach

gez.

Liane Schneider
Sprecherin

Anlage

Anlage

zum Schreiben vom 3.2.06 an Herrn Minister Wittke, MBV, Düsseldorf

Die Bezeichnung OU (Ortsumgehung) ist falsch. Bei dem Vorhaben wird nichts umgangen, sondern die vorgesehene Trasse führt direkt mitten in mehrere Wohnquartiere hinein.

In einer Pressekonferenz am 31. 1. 06 teilte der Bürgermeister mit, das Vorhaben sei in Abschnitte aufgeteilt, zunächst würde nur ein Bauabschnitt realisiert (Anmerkung : natürlich derjenige vor dem Gewerbegebiet), und die Kosten reduzierten sich dadurch beträchtlich. Somit habe sich die hervorragende Bewertung mit Stufe 1 (höchste Priorität) ergeben. Daß der **Lenkung des Verkehrs auf die höchstbelastete Straße der Stadt** ein deutliches Absinken des Nutzens folgt, blieb offenbar unberücksichtigt.

Interessant ist, daß die Baukosten der bisher mit Kosten/Nutzen-Quotient **0,73** negativ bewerteten Bahndamm-Trasse (Vorhaben 24206) mit 10 Mio. EUR **höher** liegen als die mit Quotient **4,53** positiv bewertete Alternativ-Trasse (Vorhaben 24151). Letztere ist bereits seit Jahrzehnten im Flächennutzungsplan festgeschrieben. Nur: sie liegt nicht vor der Tür des besagten Gewerbetreibenden.

Die in der Bewertung des IGVP genannten Baukosten von 65 Mio. EUR für das Vorhaben wurden auf 30 Mio. EUR heruntergerechnet. Mit 15 Mio. EUR soll der 1. Bauabschnitt realisiert werden können. Dieser Betrag könnte gerade ausreichen, die benötigten Flächen zu erwerben, die hochschwermetallbelasteten Aufschüttungen des Bahndamms zu beseitigen und die am Fuß des Bahndamms verlegte Ferngasleitung zu verlegen.

Nach unseren Informationen behauptet die Stadt, nun nur eine "ebenerdige" Straße bauen zu wollen, ohne daß ein Ratsbeschuß dies deckt. Verschwiegen wird dabei, daß **zwingend** zumindest Kreuzungsbauwerke mit bestehenden Straßen und der Stadtbahnlinie 1 der Kölner Verkehrsbetriebe zu errichten und wegen der dichten Wohnbebauung extrem aufwendige Lärmschutzmaßnahmen vorzusehen wären.

Dies zeigt deutlich, daß hier offenbar und unübersehbar ein **Täuschungsmanöver** abgelaufen ist. Besonders bedenklich ist auch, daß die von der Firma Krüger und der Verwaltung gewollte Privatstraße **mißbräuchlich als weiterführende Landesstraße deklariert** wurde.

Der nördliche Teil der alten Bahndamm-Trasse steht nämlich gar nicht zur Verfügung. Er wird für den schienenengebundenen Werksverkehr der Firma m-real Zanders genutzt und war seinerzeit Vorbedingung für den Bau eines Papierlagers. Der dazu erforderliche Bau der Rangierstation wurde mit **Landesmitteln** gefördert.

Um eine Nutzung für den allgemeinen städtischen Verkehr zur ermöglichen, müßte dieser Teil der Bahntrasse mit einer Hochstrasse überbaut werden, was mehrere Brückenbauten mit zwei Ebenen erfordert: ein Absurdum! **Dies beweist überdeutlich, daß das beantragte Vorhaben keineswegs den Bürgern dienen soll, sondern lediglich dem genannten Gewerbetreibenden.**

Die Stadt Bergisch Gladbach verfügt über **drei eigene Autobahnanschlüsse**. Die Gewerbegebiete können die A4 mühelos erreichen. Rechnet man das in unmittelbarer Stadtnähe befindliche Autobahnkreuz Köln-Merheim hinzu, hat die Stadt auf einer Länge von weniger als 9 km Zugang zu 4 Anschlüssen an die BAB A4, über die die Gewerbegebiete mühelos erreicht werden können.

Es kann nicht im Sinne des Ministeriums und dem Interesse des Landes liegen, daß eine Stadt auf der Basis offensichtlich manipulierter Planungsdaten einen **neuen, völlig überflüssigen Autobahnzubringer** nebst Anschlußstelle an die A4 – im Abstand von jeweils ca. 1,7 km zu zwei bestehenden Anschlußstellen – bekommt, wodurch die Lebensqualität Tausender von Bürgern zerstört wird, ohne daß andere Bürger eine nachhaltige Entlastung erwarten können.

Für uns Bürger ist unvorstellbar, daß für Partikularinteressen eine **Sackgasse aus Landesmitteln** finanziert werden soll, und dafür andere Kommunen, die zum Teil seit Jahrzehnten auf die dringend notwendige Entlastung ihrer Ortskerne vom Durchgangsverkehr durch den Bau von Ortsumgehungen warten, wieder nicht zum Zuge kommen.

Die ELF Bürgerinitiativen
in Bergisch Gladbach

3. Februar 2006